

Geschäftsordnung für den Migrantenbeirat der Stadt Leipzig

(in der vom 1. Bürgermeister bestätigten und von der Ratsversammlung am 16.12.2009 zur Kenntnis genommenen Fassung)

§ 1 Ziele, Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Migrantenbeirat bringt die spezifischen Sichtweisen und Anregungen der Migrant/innen in die kommunal-politischen Diskussionen ein und thematisiert die Potenziale der Migration als Bereicherung für die kommunale Entwicklung. Er setzt sich dafür ein, dass kein Mensch wegen seiner Abstammung, Staatsangehörigkeit, Sprache und Kultur, seiner Heimat und Herkunft oder seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt wird.

Der Migrantenbeirat verfolgt das Ziel, gleiche Möglichkeiten der Beteiligung in allen Bereichen der Stadtgesellschaft zu schaffen. Er wirbt für die Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Migrant/innen und Flüchtlingen und für ihre partnerschaftliche Integration.

Er ist darum bemüht, es den Migrant/innen zu erleichtern, am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Stadt aktiv teilzunehmen. Er fördert ihre innere Verbundenheit mit Leipzig und stärkt somit die demokratische Konsistenz der Kommune.

(2) Der Migrantenbeirat hat den Auftrag und die Aufgabe, die Integration der Migrant/innen in Leipzig, im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gemeinsam mit der Stadtpolitik und der Stadtverwaltung zu befördern und Ausgrenzungserscheinungen bei der Mehrheitsbevölkerung, wie auch mögliche Abschottungstendenzen bei den Zugewanderten, die im Extremfall zu „Parallelgesellschaften“ führen könnten, entgegenzuwirken.

Der Migrantenbeirat wirkt an kommunal-politischen Entscheidungsprozessen der Stadt mit, soweit dabei die besonderen Interessen der Angehörigen der zugewanderten Bevölkerungsgruppen berührt werden. Besondere Interessen sind solche, die sich aus ihrer rechtlichen, sozialen, ethnischen und religiösen Stellung ergeben.

(3) Der Migrantenbeirat leitet Anliegen, Stellungnahmen und Empfehlungen über seine Geschäftsstelle an die Fachausschüsse, den Stadtrat oder die Verwaltung weiter. Er berät diese in allen migrantenrelevanten Angelegenheiten.

Die Ratsversammlung sowie die Ausschüsse können Vertreter des Migrantenbeirates als Sachverständige anhören.

Nach Prüfung der Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirates auf deren Umsetzbarkeit, werden diese im Rahmen der Möglichkeiten in das weitere Verwaltungshandeln der Ämter und Referate der Stadt einbezogen. Die Anfragen des Beirates werden in angemessener Zeit beantwortet.

(4) Der Migrantenbeirat legt dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat im zweijährigen Rhythmus einen Tätigkeitsbericht vor.

§ 2 Bildung und Auflösung

(1) Die Bildung des Migrantenbeirates erfolgt auf der Grundlage des § 47 SächsGemO in Verbindung mit § 17 der Hauptsatzung. Seine Tätigkeitsperiode entspricht der Wahlperiode des Stadtrates. Der Beirat arbeitet nach Ablauf der Wahlperiode bis zur Neubesetzung weiter.

(2) Der Migrantenbeirat kann seine Auflösung durch einen mit 2/3-Mehrheit gefassten Beschluss dem Stadtrat empfehlen. Die Auflösung des Migrantenbeirates bedarf eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses.

§ 3 Zusammensetzung

(1) Der Migrantenbeirat hat 22 Mitglieder. Die in der Ratsversammlung vertretenen Fraktionen benennen je eine/n Vertreter/in und Stellvertreter/in. Die übrigen Mitglieder sind in Leipzig lebende Migrant/innen.

(2) Der Leiter des Referats Ausländerbeauftragter bzw. ein/e Stellvertreter/in nimmt an allen Sitzungen des Migrantenbeirates ohne Stimmrecht teil und berät diesen ständig.

§ 4 Ehrenamtlichkeit / Entschädigung

(1) Die Mitglieder des Migrantenbeirates sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten eine Entschädigung gemäß § 4 der Satzung über die Entschädigung von ehrenamtlich Tätigen (Entschädigungssatzung) vom 25.04.2001.

(2) Die Teilnahme an den Beratungen ist bindend.

§ 5 Vorsitz

Der Migrantenbeirat wählt für die Dauer von zweieinhalb Jahren aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und zwei Stellvertreter/innen, die den/die Vorsitzende/n während seiner/ihrer Abwesenheit vertreten.

§ 6 Geschäftstätigkeit

(1) Der Migrantenbeirat tagt alle zwei Monate.

(2) Die Einladung der Beiratsmitglieder erfolgt durch die/den Vorsitzende/n des Beirates unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung bis spätestens 10 Tage vor dem Termin schriftlich.

(3) Der/die Vorsitzende schlägt die Tagesordnung vor. Er/sie ist verpflichtet, schriftliche Anträge, die von den Mitgliedern vierzehn Tage vor dem Termin eingereicht werden, auf die Tagesordnung zu setzen.

(4) Weitere Tagesordnungspunkte können im Ausnahmefall zu Beginn der Sitzung angemeldet und mit einfacher Mehrheit auf die Tagesordnung gesetzt werden. Über die

Tagesordnung ist eine Abstimmung herbeizuführen.

(5) Die Beratungen des Beirates sind in der Regel öffentlich. Die Mitglieder unterliegen der Pflicht zur Verschwiegenheit, soweit nicht öffentlich beraten wird.

(6) Der Beirat kann zu bestimmten Tagesordnungspunkten andere Personen als Sachverständige hinzuziehen.

(7) Über die Beratungen ist ein Festlegungsprotokoll anzufertigen. Dieses muss mindestens Zeit und Ort der Sitzung, die Teilnehmenden, die Verhandlungsgegenstände und die Festlegungen im Wortlaut enthalten. Bei Beschlüssen ist die Beschlussfähigkeit und das Abstimmungsergebnis festzuhalten. Das Festlegungsprotokoll ist von der/dem Vorsitzenden des Migrantenbeirates und von der/dem Schriftführer/in zu unterzeichnen und ist mit der Einladung zur nächsten Sitzung zu verschicken.

§ 7 Abstimmung

(1) Der Migrantenbeirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.

(2) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Bestimmung der Mehrheit nicht mit. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(3) Ist der Beirat gemäß § 7 (1) nicht beschlussfähig, so ist eine neue Beiratssitzung innerhalb von vier Wochen einzuberufen, die in jedem Fall beschlussfähig ist. Auf diese Festlegung ist in der Einladung hinzuweisen.

§ 8 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des Migrantenbeirates liegt in der Verantwortung des Referats Ausländerbeauftragter.

§ 9 Schlussbestimmungen

(1) Der Migrantenbeirat kann diese Geschäftsordnung mit Zustimmung des 1. Bürgermeisters und Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung verändern. Änderungen bedürfen der absoluten Mehrheit aller Mitglieder. Die Änderungen sind dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.

(2) Allen Mitgliedern des Migrantenbeirates ist eine Ausfertigung dieser Geschäftsordnung auszuhändigen. Wird die Geschäftsordnung geändert, so sind die Änderungen auszuhändigen.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt einen Tag nach Beschlussfassung durch den Stadtrat in Kraft.